

Home > miBlog

Montag, 13. Mai 2024

Zwischen Wunschdenken und Realitätsverweigerung

Gastkommentar von Dietrich W. Thielenhaus

Blogeintrag | Kommentare (0)

Politiker neigen dazu, in ihrer eigenen Welt zu leben. Je höher das Amt, desto größer die Wahrscheinlichkeit, von seinen Adlaten abgeschottet, einseitig informiert und unauffällig dirigiert zu werden. Gerade in Krisenzeiten wächst die Neigung, die Wähler mit subjektiven Wahrheiten und „alternativen Fakten“ ruhigzustellen. Der amtierende Bundeskanzler bewegt sich bei öffentlichen Auftritten zunehmend zwischen Wunschdenken und Realitätsverweigerung. Pseudodynamische Framing-Kreationen („Doppel-Wumms“) setzen dabei mitunter unfreiwillig komische Akzente, die die Glaubwürdigkeit nicht gerade erhöhen.



Turnaround?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Konjunkturprognose für Deutschland erneut nach unten korrigiert. Danach wird die deutsche Wirtschaft 2024 nur noch um 0,2 % wachsen. Damit behalte die Bundesrepublik die rote Laterne für das niedrigste Plus der führenden westlichen G7-Industriestaaten. Zum Vergleich: Der IWF rechnet für das laufende Jahr mit einem Wachstum der Weltwirtschaft um 3,2 %. Der vom Bundeskanzler reklamierte „*Turnaround*“ schlägt sich hierzulande also nicht in entsprechend positiven Zahlen nieder. Nach der 2023 erfolgten Schrumpfung der deutschen Wirtschaft um 0,3 % erscheint derzeit selbst ein marginales Wachstum von 0,2 % in 2024 nicht sicher.

🌀 Jenklich wirkt die zunehmende Realitätsverweigerung, mit der Scholz den Ernst der Lage

relativiert und politische Untätigkeit beschönigt. Der Versuch, mit öffentlichen Appellen, gegenstandslosen Erfolgsmeldungen und zweifelhaften Prognosen (März 2023: *„Ich gehe davon aus, dass Deutschland vor einer Phase großen Wachstums steht.“*) einen zumindest mentalen Turnaround herbeizureden, stößt zunehmend auf Irritation und Unverständnis. So sorgte sein Aufruf, *„den Wirtschaftsstandort Deutschland stark zu machen und nicht schlechtzureden“*, auf der Hannover Messe für Ratlosigkeit. Das galt auch für seinen Hinweis, dass *„Stimmung und Lage nicht immer deckungsgleich“* seien. Auf dem Bankentag merkte der Kanzler nahezu gesundbeterisch an: *„Ja, die Zeiten sind unruhig. Auch an Deutschland geht das nicht spurlos vorbei. Aber wir navigieren da gut hindurch.“* An volkswirtschaftlicher Naivität kaum noch zu übertreffen ist folgende Erklärung: *„Die Exportschwäche entsteht, weil einige Länder nicht wachsen. Das hat ja nichts mit uns zu tun als Exportland.“* Hier stellt sich erneut die Frage nach der Kompetenz und Qualität der Redenschreiber im Kanzleramt. Schlimmer noch ist das Risiko, dass solch politische Gute-Laune-Botschaften auf Regierungsebene den Blick trüben für dringenden Handlungsbedarf auf Feldern wie der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Stärkung der nationalen Wirtschaftsstrukturen. Daraus wächst die Gefahr, dass überfällige Probleme von der Regierung noch nicht einmal erkannt, geschweige denn angepackt werden. Das britische Wirtschaftsmagazin Economist vermutet, dass die deutsche Politik überhaupt noch nicht verstanden habe, wie wichtig eine Kursänderung wäre.

„Alarmsignal“

Die öffentliche Diskussion über den zunehmenden Trend bei deutschen Unternehmen, Produktionsstätten aus Wettbewerbsgründen ins Ausland zu verlagern, hat Olaf Scholz so kommentiert: *„Das ärgert mich. In jedem Volkswirtschaftskurs lernen die Studentinnen und Studenten, dass der Erfolg einer Volkswirtschaft darin gesehen werden kann, dass ihre Unternehmen auch im Ausland investieren. Nun muss ich ab und zu hören, dass das angeblich schlecht sei. Das ist gut.“* Dieser bemerkenswerte ökonomische Theorieansatz blendet die Kostensenkung als aktuelles Kernmotiv der industriellen Abwanderung schlicht aus. Die fatale Mixtur von hohen Löhnen, Steuern und Sozialabgaben mit niedrigen Arbeitszeiten und hohen Energiekosten sowie mit extremer Bürokratie und Regulierungsdichte verschlechtert die Rahmenbedingungen für nationale und internationale Investoren zunehmend. Laut OECD liegt Deutschland schon seit Jahren bei Steuern und Abgaben auf dem wenig rühmlichen Platz 2 von 38 untersuchten Mitgliedsstaaten. Und das US-Nachrichtenportal Bloomberg kommt zu dem Schluss: *„Gemessen an der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Arbeitnehmer sind die Deutschen die am wenigsten fleißigen aller OECD-Länder.“* Das seit den 70er Jahren rückläufige Produktivitätswachstum liegt mittlerweile unter 1 % pro Jahr. Deutschland blieb 2022 mit einer Wochenarbeitszeit von 34,7 Stunden deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 37,0 Stunden und erreichte den niedrigsten Stand. Auch die hierzulande schon relativ niedrige Jahresarbeitszeit wirkt sich zunehmend als Hemmschuh für Investitionsentscheidungen aus. Hier

in derzeit vor allem Polen punkten, das von der Ansiedlung neuer Werke bekannter deutscher



Markenhersteller wie Miele profitiert. Für Aufsehen haben kürzlich öffentliche Überlegungen der Firma Stihl, dem Weltmarktführer für Motorsägen, gesorgt, ein neues Werk nicht in Ludwigsburg, sondern in der nicht gerade als kostengünstig bekannten Schweiz zu bauen. Das Unternehmen verwies als Begründung auf die explodierenden Baukosten und die Forderungen der IG Metall nach einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Inzwischen sei es sogar günstiger, in der Schweiz zu produzieren. Das zeige die Absurdität der deutschen Lohnkosten-Landschaft. Kein Wunder, dass Deutschland unter diesen Vorzeichen auch für ausländische Investoren an Anziehungskraft verliert. So ist die Zahl der diesbezüglichen Investitionsprojekte 2023 – gegenüber dem Vorjahr – um 12 % auf 733 gesunken, was dem niedrigsten Stand seit 2013 entsprach. Die Unternehmensberatung EY, die diese Studie veröffentlicht hat, kommentiert: *„Das ist ein Alarmsignal. Deutschland wird abgehängt, andere europäische Standorte entwickeln sich viel dynamischer.“* Seit 2017 sei die Zahl der ausländischen Investitionsprojekte in Deutschland um 35 % gesunken. Ursächlich seien die hohe Steuerbelastung, hohe Arbeitskosten, teure Energie und die Bürokratie.

„Geringes Trendwachstum“

Trotz der regierungsamtlichen Schmalmeienklänge erwartet der BDI-Präsident für 2024 einen erneuten Rückgang der Industrieproduktion um 1,5 % und eine Stagnation der Exporte. Siegfried Russwurm weiter: *„Für den Industriestandort bleiben die Herausforderungen groß. Stärkeres Wachstum und guten Profit erzielen deutsche Unternehmen derzeit vor allem an ihren Produktionsstandorten im Ausland.“* Besonders wichtig sei die strukturelle Stärkung: *„Mit dem geringen Trendwachstum von einem halben Prozent wird Deutschland die großen Herausforderungen aus Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demographie nicht stemmen können – finanziell nicht und wegen daraus zwangsläufig folgender Verteilungsfragen auch nicht in der gesellschaftlichen Diskussion. Nur wenn es gelingt, mehr Wachstumsdynamik zu erzeugen, können wir Ressourcen für die Transformation mobilisieren, unsere Infrastruktur auf Vordermann bringen, die Attraktivität des Standorts für in- und ausländische Unternehmen erhöhen und das hohe Niveau unseres Sozialsystems sichern.“* Aus Sicht der Industrie seien drei politische Reformen von vorrangiger Bedeutung: *„Wir brauchen wettbewerbsfähige und langfristig planbare Energiepreise. Die Stromnetzentgelte müssen deutlich gesenkt werden, und die Regierung muss die angekündigte Kraftwerksstrategie und die Wasserstoffstrategie schnell konkretisieren und mit Priorität umsetzen. Die Unternehmen benötigen außerdem dringend weniger Bürokratie. Das Bürokratieentlastungsgesetz Nummer vier stellt keinen Befreiungsschlag dar. Zusätzlich müssen die Unternehmenssteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent gesenkt werden. Die aktuelle Belastung von knapp 30 Prozent ist ein ernstzunehmender negativer Standortfaktor.“*

Note 3,4



Angesichts der hier gespiegelten Gemengelage kann es nicht überraschen, dass Deutschland im internationalen Vergleich als schwach eingeschätzt wird. So haben 180 Professorinnen und Professoren beim neuen Ökonomenpanel des ifo-Instituts den Standort im Durchschnitt mit der Schulnote 3,4 bewertet. Dabei gaben 38 % die Note 3, 20 % eine 2 sowie jeweils 17 % die Noten 4 und 5. Dieses Ergebnis ist – so ifo – für die Industrienation „*besorgniserregend schlecht*“. Als Schwachpunkte nannten die Teilnehmer vor allem die Bürokratie (87 %), die Energiepreise, die Verfügbarkeit von Rohstoffen (73 %) und die mangelnde Digitalisierung (67 %). Zu den Stärken zählen die Experten die politischen Institutionen (67 %), die Bildung und die Ausbildung der Beschäftigten in Deutschland (53 %) sowie die Sicherheit und die geringen geopolitischen Risiken (43 %).

Ifo merkt an: *„Damit es dem Wirtschaftsstandort Deutschland besser geht, werden Reformen benötigt. Dazu zählen der Bürokratieabbau, mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung sowie die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.“* Nicht auszuschließen ist, dass der Bundeskanzler auch dieses besorgniserregend schlechte wissenschaftliche Testat als Versuch einstufen würde, den *„Wirtschaftsstandort schlechtzureden“*. Übrigens: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist – laut Statistischem Bundesamt – im Februar 2024 gegenüber dem Vorjahresmonat um 31,1 % gestiegen.

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Verfasst von: Dietrich W. Thielenhaus | Kommentare (0)

GASTKOMMENTAR

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

